

Stellungnahme der FDP-EVP-Fraktion.

Gesch. No. **252**

V4.3 Gemeindeordnung, Autonomie, Struktur und Geografie
Motion Reorganisation des Stadtrates / der Kommissionen.
Vorschlag Stadtrat zur Vernehmlassung bis am 30. November 2007

In Bezug auf die unter Punkt 6 „Vernehmlassung“ gestellten Fragen durch den Stadtrat nimmt die FDP-EVP-Fraktion wie folgt Stellung:

Frage 1: Was halten Sie vom Vorschlag betr. die Kommissionen (Titel 4.1 und Titel 5.2, Art. 64) in Bezug auf

- a. die Baukommission
- b. die Gesundheitskommission
- c. die Sozialkommission?

a. Baukommission

Wir sind der Ansicht, dass die Baukommission weiterhin benötigt wird. Grundsätzlich sollte jedoch aus unserer Sicht das Prozedere so sein, dass normale Baubewilligungen und Geschäfte, denen nicht ein Gestaltungsplan oder eine Ausnahmegewilligung zugrunde liegen durch die Verwaltung geprüft und bewilligt werden sollen. Hiermit meinen wir alle Geschäfte, welche die baugesetzlichen Vorgaben vorbehaltlos erfüllen. Es sollten jedoch gelegentlich Stichproben durch die Baukommission erfolgen. Die Baukommission soll sich vor allem auf die grösseren Bauvorhaben, Gestaltungspläne, Raumplanungen und Spezialfälle in Bezug auf die Ausnutzungsziffer und Machbarkeiten konzentrieren. Telefonische Recherchen unsererseits haben ergeben, dass die beiden Tabellen im Anhang in Bezug auf die Kommissionen Mängel aufweisen. Es ist zwar so, dass diverse Gemeinde keine Baukommission mehr führen, jedoch eine Stadtbild- oder Planungskommission haben. N.B. Diese Kommissionen sind viel teurer als die Baukommission in Adliswil. Es muss sogar in Betracht gezogen werden, die Baukommission in eine Bau- und Planungskommission umzuwandeln. Somit wären auch Verkehrsanliegen in dieser Kommission vertreten. Dies hätte den Vorteil, dass nicht eine eigenständige Verkehrskommission gegründet werden muss. Die FDP-EVP-Fraktion geht davon aus, dass, wenn Adliswil eine Verkehrskommission hätte, betreffend Tempo 30 und vor allem die damit zusammenhängenden baulichen Massnahmen die Leerläufe, die durch externe Verkehrsplaner und den Stadtrat verursacht wurden, nicht passiert wären. Ebenfalls erhärtet das Problem Kilchbergstrasse vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem Deckbelag das erste Beispiel.

Als weiteren Vorteil der Baukommission erachten wir, dass diese politisch neutral bzw. nach dem Parteienproporz zusammengesetzt ist. Das Gründen einer ad hoc-Kommission bei Raumplanungsgeschäften ist aus unserer Sicht nicht realistisch. Bis eine solche ad hoc-Kommission gegründet und durch den Gemeinderat die Mitglieder bestimmt sind, vergeht viel Zeit und ist auch kostenrelevant. Zudem ist die Baukommission eine Kommission mit selbstständiger Verwaltungsbefugnis, was sie natürlich bei einer ad hoc-Gründung nicht mehr ist.

Die FDP-EVP-Fraktion vertritt einstimmig die Meinung, dass die Baukommission weiterhin wie bis anhin geführt und eingesetzt werden soll, auch nach Reorganisation der Stadtverwaltung ab 2010.

b. Gesundheitskommission

Aufgrund der Darlegungen des Stadtrates und der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Gesundheitskommission kann sich die FDP-EVP-Fraktion durchaus vorstellen, und würde den Antrag des Stadtrates unterstützen, die Gesundheitskommission mit der Reorganisation der Stadtverwaltung per 2010 aufzulösen.

c. Sozialkommission

Wir sind der Meinung, dass die Sozialkommission in der heutigen Form bestehen bleiben soll, auch nach Reorganisation der Stadtverwaltung 2010. Die Sozialkommission ist auch gesetzlich vorgeschrieben und nicht verhandelbar. Die Zusammenfassung der strategischen Führungsaufgaben im Alters-, Pflege- und Kinderbetreuungsbereich bei der Sozialkommission erachten wir als sinnvoll und sehen keinen Grund, daran etwas zu ändern. Der auf Seite 2 erwähnte "hohen derzeitigen Arbeitsaufwand" hängt vor allem mit der Zunahme der Anzahl Sozialhilfebezüger zu tun. Die Aufgaben der Sozialkommission in den Bereichen der Alters-, Pflege- und Kinderbetreuung machen nur einen kleinen Teil der Aufgaben aus. Da wir erwarten, dass sich die Zahl der Sozialhilfebezüger wieder reduzieren wird, wird auch der Arbeitsaufwand der Sozialkommission abnehmen. Aus diesem Grund lehnen wir die Kompetenzreduktion der Sozialkommission ab.

Die Sozialkommission nimmt mir ihrem grossen Budget eine wichtige Stellung ein. Wir sind der Ansicht, dass die Wahl der Sozialkommissionsmitglieder durch den Gemeinderat hinterfragt werden soll und dieser politischen Verantwortung nicht gerecht wird. Aus diesem Grund regen wir an zu prüfen, die Sozialkommission künftig analog der Schulpflege direkt vom Volk wählen zu lassen. Diese Wahlart, wie sie bereits in der Stadt Wädenswil praktiziert wird, trägt der Bedeutung der Sozialkommission besser Rechnung als die indirekte Wahl durch das Stadtparlament.

Die Struktur des Ressort Soziales ist zu überprüfen, da wir der Meinung sind, dass das Ressort einerseits viel zu gross ist und zu viele verschiedene Aufgaben im selben Bereich vereinigt. Für die Bewältigung der verschiedenartigen Arbeiten werden Mitarbeiter mit sehr unterschiedlichen Anforderungsprofilen benötigt (wie Sozialberatung, Kontrolle der Empfänger, Buchhaltung, Rückforderungen usw.). Deshalb soll geprüft werden, die Aufgaben so zusammenzufassen, dass Mitarbeiter mit ähnlichen Aufgaben und Anforderungsprofilen zusammenarbeiten können.

Frage 2: Was halten Sie von der vorgeschlagenen Beibehaltung der Stellung des Schulpräsidiums? (Titel 4.2)?

Wir können die Überlegungen des Stadtrates bezüglich der Stellung des Schulpräsidiums nachvollziehen, auch wenn in dieser Angelegenheit die Parteien-Fraktionsmitglieder gespalten sind. Wir würden es begrüssen, wenn bei einer allfälligen Abstimmung die Hauptabstimmung in Richtung des Gedankenganges des Stadtrates führen würde, wenn man also die Reduktion auf 7 Stadträte zur Abstimmung vorschlägt. In einer zweiten Zeile sollte man dem Stimmbürger die Möglichkeit geben, zu wählen, ob das Schulpräsidium als vollständiges Mitglied im Stadtrat Einsitz nehmen soll oder nicht. Somit hätte der Bürger die Auswahl und der Stadtrat bekäme eine Antwort auf seine Frage, ob die Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat in Adliswil wirklich keine tragfähige politische Mehrheit findet. Also: Erste Frage „ja“ oder „nein“ zur Reduktion des Stadtrates auf 7 Personen, zweite Frage „7+0“ oder „7+1“. Wird die erste Frage mehrheitlich mit „nein“ beantwortet, entfällt natürlich die Relevanz der zweiten Frage.

Frage 3: Was halten Sie von der vorgeschlagenen Verkleinerung des Stadtrates (Titel 4.3 und Titel 5.1, Art. 43)?

Wir begrüßen die Verkleinerung des Stadtrates auf 7 Mitglieder sehr. Wie der Stadtrat schreibt, haben die meisten Parlamentsgemeinden dies bereits vollzogen. Uns ist es jedoch wichtig, dass die mit dieser Lösung angestrebten Einsparungen von rund Fr. 110'000 pro Jahr wirklich umgesetzt werden und nicht anderen Ressorts, welche eine grössere Belastung haben, wenn sie zusammengelegt werden, eine andere Besoldung zugestanden wird. Am heutigen Stadtrat sieht man jedoch ganz klar, dass er, wenn er nur strategisch führt, den Draht zur Bevölkerung massiv verliert. Daher fordern wir auch bei 7 statt 9 Stadträten, dass künftig die Stadträte nicht nur strategisch sondern auch organisatorisch führen und somit ihre Ressorts wieder im Griff haben. Die Quintessenz wäre, dass der Stadtrat dann nicht mehr so weit weg vom Bürger politisiert, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war. Wir stehen sonst aber vorbehaltlos hinter der Verkleinerung des Stadtrates von 9 auf 7 Mitglieder.

Frage 4: Was halten Sie vom Vorschlag der Flexibilisierung der Ressortorganisation (Titel 4.4 und Titel 5.1, Art. 53 und Art. 54)?

Wir begrüßen es sehr, dass die Ressortzuteilung flexibel bleibt, denn nur so ist es möglich, die Arbeit aufgrund der Erfahrungen gerecht unter den Stadträten aufzuteilen, was auch notwendig ist. Wenn zum Beispiel die Gasversorgung verkauft wird, macht es unseres Erachtens keinen Sinn, für die Werksbetriebe als solches ein eigenes Ressort zu haben. Es kann allenfalls der Tiefbau von der Bau- und Planungsabteilung gelöst und dem Werksbereich zugesprochen werden. Das verstehen wir unter Flexibilität und begrüßen dies sehr, dass auch während der Legislatur der Stadtrat sein Ressort flexibel handhaben kann.

Wie bereits unter 1c erwähnt, sind wir der Ansicht, das Ressort Soziales ist gegenwärtig zu gross. Es wäre wünschenswert, wenn der Stadtrat auch hier eine Umstrukturierung vorsehen würde.

Wir danken dem Stadtrat für die zugestellten Unterlagen zur Vernehmlassung und hoffen, mit unseren Angaben einen Beitrag zur weiteren Erfolgsgeschichte der Reorganisation der Stadtverwaltung beigetragen zu haben.

Freundliche Grüsse

Peter Werder
Präsident FDP

Theo Meier
Präsident EVP

Roger Neukom
Fraktionspräsident FDP-EVP